

Al-Haq begrüßt die Aussagen der UN-Sonderberichterstatterin über gegenwärtige Formen des Rassismus zur IHRA-Definition von Antisemitismus und Israels Apartheid

alhaq.org, 22.03.23

Al-Haq schließt sich den Feststellungen der Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen (UN) über die gegenwärtigen Formen von Rassismus, rassistischer Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz, Prof. E. Tendayi Achiume, in ihren beiden im Oktober 2022 veröffentlichten Berichten zu diesem Thema an. In den beiden Berichten wurde die Arbeitsdefinition von Antisemitismus der Internationalen Holocaust-Gedenkallianz (IHRA-WDA) kritisch analysiert und die israelische Apartheid in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT) anerkannt sowie verurteilt. *Al-Haq* bestätigt die negativen Auswirkungen der IHRA-Definition von Antisemitismus (1) und sieht die Einschränkung des zivilen Spielraums für legitime, kritische und notwendige Arbeit sowie Aktionen. Al Haq begrüßt die zunehmende Erkenntnis über ein israelisches Apartheidregimes. Insbesondere betont Al-Haq, dass Israels Apartheid dem palästinensischen Volk als Ganzes aufgezwungen wird und im umfassenderen Zusammenhang des israelischen Siedlerkolonialismus analysiert werden sollte. (2)

In ihrem Bericht (3) über die „Bekämpfung der Verherrlichung des Nazismus, des Neonazismus sowie anderer Praktiken, die dazu beitragen, die aktuellen Formen des Rassismus, der rassistischen Diskriminierung, der Fremdenfeindlichkeit und der damit zusammenhängenden Intoleranz zu schüren“, hob die Sonderberichterstatterin den umstrittenen Status der IHRA-WDA hervor, wegen ihrer „Anfälligkeit, politisch instrumentalisiert zu werden“ sowie ihrer negativen Auswirkungen auf die Menschenrechte, auch für Palästinenser und Menschenrechtsverteidiger. Insbesondere betonte die Sonderberichterstatterin, wie „die IHRA-WDA und die dazugehörigen Beispiele eingesetzt werden, um legitime Kritik am Staat Israel zu verhindern oder abzuschwächen, einem Staat, der wie jeder andere im UN-System für die von ihm begangenen Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen werden muss“. In ihrem Bericht heißt es weiter: „Diejenigen, die durch die IHRA-WDA-Definition in erster Linie geschädigt werden, sind Palästinenser und Menschenrechtsverteidiger, die sich für sie einsetzen“.

Al-Haq begrüßt, dass die Sonderberichterstatterin die Risiken der IHRA-Definition anerkennt, und betont, dass die Unterstützung der IHRA-Definition die Arbeit von Menschenrechtsverteidigern gefährdet einschließlich der legitimen Diskussion und Kritik an Israels siedlerkolonialem Apartheidregime und seiner ungesetzlichen Politik und Praktiken, die sich gegen das palästinensische Volk sowie dessen Recht auf Selbstbestimmung richten. Aus diesem Grund unterstützt *Al-Haq* die Empfehlung des Sonderberichterstatters an die UN-Mitgliedsstaaten, „die Annahme und Förderung der IHRA-WDA und der damit verbundenen Beispiele auszusetzen“.

Der Bericht der Sonderberichterstatterin über „Ökologische Krise, Klimagerechtigkeit und ethnische Gerechtigkeit“ (4) betont erneut, dass „obwohl alle Menschen einer ökologischen Krise ausgesetzt sind, die Last dieser Krise unverhältnismäßig stark auf systemisch marginalisierte Gruppen fällt, und dass viele Umweltungerechtigkeiten ihre Wurzeln haben in ‚Rassismus, Diskriminierung, Kolonialismus, Patriarchat, Straflosigkeit und politischen Systemen, die systematisch die Menschenrechte ignorieren‘. Die Sonderberichterstatterin hielt ihre frühere Analyse darüber aufrecht, (5) „wie die heutige globale ausbeuterische Wirtschaft wegen ihrer kolonialen Ursprünge und des anhaltenden Versagens der Mitgliedstaaten rassistisch hierarchisiert bleibt, und zwar insbesondere bei denjenigen, die am meisten von der kolonialen Vorherrschaft profitiert haben und die versagen bei der Entkolonialisierung des internationalen Systems sowie der Wiedergutmachung für rassistische Diskriminierung, die ihre Wurzeln in Sklaverei und Kolonialismus hat.

In diesem Zusammenhang nahm die Sonderberichterstatterin in ihrem Bericht eine Reihe von Eingaben der Zivilgesellschaft zur Kenntnis, darunter auch die von Al-Haq, die sich auf die Auswirkungen des israelischen Siedlerkolonial- und Apartheidregimes und seiner militärischen Besetzung auf das Klima in Palästina konzentrierten.(6) *Al-Haq* begrüßt, dass die Sonderberichterstatterin seinen Beitrag und seine Beobachtung berücksichtigt hat, wie die israelische koloniale Militärbesetzung zur ökologischen Verwüstung und Umgestaltung der palästinensischen Gebiete beigetragen hat und den Palästinensern weiterhin ihr Grundrecht auf Selbstbestimmung verweigert, auch mit Blick auf indigene palästinensische Ansätze zur Abschwächung der Klimaauswirkungen.

Der Bericht der Sonderberichterstatterin unterstreicht auch die *Greenwashing*-Politik des Staates Israel, die die Aneignung palästinensischen Landes und den Abriss palästinensischer Häuser zur Ausweitung seiner kolonialen Siedlungspolitik beinhaltet. Darüber hinaus hob die Sonderberichterstatterin in ihrem Bericht Israels Politik der Beseitigung einheimischer Bäume zugunsten europäischer Kiefern sowie seine diskriminierenden Gesetze und Stadtplanungsregelungen in der besetzten Westbank hervor, die zu Zwangsumsiedlungen von Palästinensern und einem diskriminierenden Zugang zu palästinensischem Wasser führen. (7) Insgesamt kam die Sonderberichterstatterin in ihrer Analyse der israelischen Politik und Praktiken zu dem Schluss, dass „Israels Praktiken und Politik in den besetzten Gebieten auf Apartheid hinauslaufen, mit extremen Folgen für die Umwelt und die Menschenrechte der Palästinenser“.

Als Verteidiger gegen Israels siedlungskoloniales Apartheidregime begrüßt *Al-Haq* die Anerkennung der Existenz der israelischen Apartheid in den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten durch die Sonderberichterstatterin und fordert alle Sonderberichterstatter auf, Israels Aufrechterhaltung eines solchen Regimes über das gesamte palästinensische Volk zu erkennen. Darüber hinaus fordert *Al-Haq* die UN-Mitgliedstaaten und alle relevanten Akteure auf, die Ergebnisse des Berichts anzunehmen und die Empfehlungen der Sonderberichterstatterin zügig umzusetzen. Zu diesem Zweck bekräftigt *Al-Haq* die Empfehlungen der Sonderberichterstatterin, transnationale Unternehmen systematisch für Umweltrassismus und Klimagerechtigkeit zur Rechenschaft zu ziehen und [Rechts- und Wirtschaftssysteme] so zu entkolonialisieren oder umzugestalten, dass sie in der Lage sind, echte Gleichheit und Selbstbestimmung für alle Völker zu garantieren“.

Abschließend würdigt *Al-Haq* die Professionalität von Frau Professor Achiume und ihr Engagement für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte während ihres Mandats als Sonderbericht-erstatte(r)in und freut sich auf die Zusammenarbeit mit Frau Ashwini K.P., der neu ernannten sechsten Sonderbericht-erstatte(r)in über gegenwärtige Formen von Rassismus, rassistischer Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz, um die Menschenrechte des palästinensischen Volkes weiter zu schützen und zu fördern.

Auszug aus:

**Die heutigen Formen von Rassismus, rassistischer Diskriminierung,
Fremdenfeindlichkeit und damit verbundene Intoleranz**

<https://www.ohchr.org/en/documents/thematic-reports/a77512-combating-glorification-nazism-neo-nazism-and-other-practices>

S. 14 ff

Missbrauch der Standards und Instrumente zur Bekämpfung von Neonazismus, Antisemitismus und damit verbundenem Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz

.....

71. Die Sonderbericht-erstatte(r)in weist auch auf die politisch motivierte Instrumentalisierung des Kampfes gegen Antisemitismus hin, die zunehmend mit der der Annahme, Förderung und Umsetzung der Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance von Antisemitismus verbunden ist. Mit dem erneutem Hinweis darauf, dass die Mitgliedstaaten sich weiterhin für die Bekämpfung des Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen engagieren müssen, drängt sie auf größere Aufmerksamkeit und Sorgfalt bei der Wirkung der Mittel, die in diesem Zusammenhang eingesetzt werden. Insbesondere fordert sie die Mitgliedstaaten auf, sicherzustellen, dass alle Maßnahmen und Instrumente, auf die sie sich stützen, in vollem Einklang stehen mit den allgemeineren internationalen Menschenrechtsnormen.

72. Ungeachtet der politischen Zustimmung zur Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance in ganz Europa und in Nordamerika, ist sie höchst umstritten geworden und spaltet, weil sie anfällig ist für politische Instrumentalisierung und die daraus resultierende Beeinträchtigung der Menschenrechte als Folge der Instrumentalisierung. Die Sonderbericht-erstatte(r)in warnt daher vor der Arbeitsdefinition als Leitinstrument für und bei den Vereinten Nationen und ihren konstituierenden Einheiten.

73. Neben den negativen Auswirkungen auf die Menschenrechte von Minderheiten und gefährdeten schutzbedürftigen Gruppen, einschließlich Juden, ist die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance unter weltbekannten Wissenschaftlern der Bereiche Antisemitismus und verwandten akademischen Bereichen umstritten. Etwa 350 führende Wissenschaftler unterstützen eine alternative Definition von Antisemitismus, die in der Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus festgelegt wurde und davor warnt, dass die Arbeitsdefinition der *International Holocaust Remembrance Alliance* „in wichtigen Punkten unklar und sehr offen für unterschiedliche Interpretationen

ist“, was „Verwirrung gestiftet und Kontroversen ausgelöst hat und den Kampf gegen Antisemitismus schwächt.“. Zu den Unterzeichnern der Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus gehören internationale Antisemitismusforscher, unter ihnen herausragende jüdische Wissenschaftler im Bereich Antisemitismus sowie Gelehrte aus verwandten Bereichen wie Judaistik-, Holocaust-, Israel-, Palästina- und Nahoststudien.

74. Die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance wird weitgehend auf der Grundlage der 11 „zeitgenössischen Beispiele von Antisemitismus“ instrumentalisiert, von denen sich 7 auf den Staat Israel beziehen. Einige der Beispiele werden angeführt und instrumentalisiert, um Menschenrechte und Grundfreiheiten, wie die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die politische Partizipation und das Recht auf Gleichheit und Nicht-Diskriminierung zu unterdrücken.

75. Obwohl die Arbeitsdefinition der Internationalen Allianz zur Erinnerung an den Holocaust als „rechtlich nicht bindend“ propagiert wird, hat ihr faktischer Einfluss auf die Politik und Praxis von Regierungen und privaten Akteuren zu Verletzungen der Menschenrechte auf freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit und politische Beteiligung beigetragen. Die Sonderberichterstatterin stellt fest, dass gerade der „Soft Law“-Status der Arbeitsdefinition dazu beiträgt, dass bestimmte koexistierende Rechte untergraben werden, ohne Rechtsmittel oder Möglichkeiten zu bieten, solche Verletzungen rechtlich anzufechten. Tatsächlich hat selbst Kenneth Stern, der federführende Verfasser der Arbeitsdefinition, öffentlich die Instrumentalisierung der Arbeitsdefinition, zum Nachteil der Meinungsfreiheit im Universitätsbereich verurteilt.

76. Die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance und die ihr beigefügten Beispiele werden verwendet, um legitime Kritik am Staat Israel zu verhindern oder zu unterdrücken, einem Staat, der wie jeder andere im System der Vereinten Nationen für die von ihm begangenen Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen werden muss. Die Hauptleidtragenden sind die Palästinenser sowie die Menschenrechtsverteidiger, die sich für sie einsetzen. Dieser Schaden entsteht in einer Zeit verschärfter Unterdrückung von Palästinensern, einschließlich eskalierender, täglicher schwerer Menschenrechtsverletzungen.

77. Die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen und die UN-Beamten sollten die politische Instrumentalisierung des Kampfes gegen Antisemitismus entschieden zurückweisen und verantwortungsvoll die politische Instrumentalisierung des Kampfes gegen Antisemitismus beenden. Neben der Verhinderung von weiterem Schaden für Palästinenser und Menschenrechtsverteidiger, sollten sie dies unternehmen im Interesse einer wirksamen und umfassenden Bekämpfung von Antisemitismus und um jüdische Personen und Gruppen zu schützen, die durch eine solche Instrumentalisierung Nachteile erleiden.

78. In Anbetracht des umstrittenen Status und der spaltenden Wirkung der Arbeitsdefinition der Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance und ihrer negativen Auswirkungen auf Menschenrechte fordert die Sonderberichterstatterin die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen respektvoll auf, die Annahme und Förderung der Arbeitsdefinition und der damit verbundenen Beispiele auszusetzen. In diesem Zusammenhang erinnert sie die Staaten daran, dass die

Dringlichkeit der Bekämpfung von Antisemitismus ein Anliegen ist, das sie während ihrer ihrer Amtszeit sowohl in den thematischen Berichten als auch in den Länderberichten konsequent verfochten hat. ...

Quelle: <https://www.alhaq.org/advocacy/21335.html>

1. https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/Issues/Religion/Submissions/PHROC_ResponsetoReport.pdf
2. <https://www.alhaq.org/advocacy/20219.html>
3. <https://www.ohchr.org/en/documents/thematic-reports/a77512-combating-glorification-nazism-neo-nazism-and-other-practices>
4. [4 https://www.ohchr.org/en/documents/thematic-reports/a77549-report-special-rapporteur-contemporary-forms-racism-racial](https://www.ohchr.org/en/documents/thematic-reports/a77549-report-special-rapporteur-contemporary-forms-racism-racial)
5. <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G22/004/48/PDF/G2200448.pdf?OpenElement>
6. https://www.alhaq.org/cached_uploads/download/2023/03/22/al-haq-intervention-1679494744.pdf
7. <https://www.alhaq.org/publications/8073.html>

Übersetzung Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de